



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Episode 33: Welche Verantwortung haben Universitäten in unsicheren Zeiten? MIT URSULA MÜNCH

Hochschulen gelten als Nährboden politischer Ideen und Motoren gesellschaftlichen Wandels, als Orte der Wissenschaftsfreiheit und des offenen Diskurses. Doch welche Verantwortung tragen Universitäten in einer Welt, die von autoritären Tendenzen, Kriegen, Klimakrise, Pandemien und gesellschaftlicher Spaltung geprägt ist?

In dieser Podcast-Folge blicken Akademiedirektorin Ursula Münch und Pressereferentin Anna Berchtenbreiter auf das Akademiegespräch am See „Globale Verantwortung von Universitäten in unsicheren Zeiten“ aus dem Sommer 2025 zurück. Mithilfe ausgewählter Vortragsmitschnitte aus dem Gespräch mit Shalini Randeria, der ehemaligen Präsidentin der Central European University, gehen sie der Frage nach: Welche Verantwortung haben Universitäten in unsicheren Zeiten?

Ursula Münch

Demokratie und das Leben in einer offenen Gesellschaft ist auf all diese verschiedenen Erkenntnisse aller Fächer angewiesen und das kann nicht durch Autokraten vorbestimmt werden. Die wissen nicht, was war und was sein wird. Und dazu brauchen wir diesen offenen Austausch, sonst verengen wir unseren gesamten Horizont. Und das ist der große Segen von offenen Gesellschaften im Vergleich zu Systemen, die versuchen, alles zu kontrollieren. In unserer offenen Gesellschaft haben wir immer auch wieder die Revision der Erkenntnis - das ist ja Wissenschaft. Etwas ist nur so lange wahr, bis das Gegenteil dann eben doch wieder bewiesen ist. Das ist Trial and Error - Versuch und auch wieder gegenläufiges und Irrtum. Und eine geschlossene Gesellschaft, wie es eben autoritäre, auch soft autoritäre Systeme darstellen, die schränkt das ein, die

ist meines Erachtens, zumindest auf die Dauer betrachtet, viel weniger konkurrenzfähig als unsere.

Anna Berchtenbreiter

Willkommen zu einer neuen Folge von Akademie fürs Ohr. Mein Name ist Anna Berchtenbreiter. Ich bin die Pressereferentin der Akademie und mir gegenüber sitzt heute unsere Akademiedirektorin Ursula Münch. Schön, dass Sie heute da sind.

Ursula Münch

Ich freue mich auch Frau Berchtenbreiter. In unserem Seminarraum 2, in dem ich sonst nie bin.

Anna Berchtenbreiter

Das stimmt, aber ich finde ihn sehr gemütlich, muss ich ehrlich sagen. Kann ich also nur empfehlen, falls man mal an der Akademie ist, auch mal hier reinzugucken. Frau Münch, Hochschulen gelten ja als Nährboden politischer Ideen, gesellschaftlichen Wandels. Sie sind Orte der Wissenschaftsfreiheit. Wir sprechen heute in diesem Podcast über die globale Verantwortung von Universitäten in unsicheren Zeiten, geprägt durch das Erstarken von autoritären Kräften, Gewalt und Kriege, Klimawandel, Pandemie und die Spaltung der Gesellschaft... Ich könnte wahrscheinlich noch ein bisschen weitermachen. Zum Einstieg eine allgemeine Frage: Was ist für Sie die wichtigste Aufgabe von Universitäten?

Ursula Münch

Die Aufgabe von Universitäten ist Wissenschaft, und zwar in Form von Forschung und



Lehre. Also das ist das Grundlegende. Und die hängen auch zusammen. Also, man kann keine gute Lehre machen, wenn man keine gute Forschung macht. Also insofern gibt es da ein Zusammenhang. Aber das ist die zentrale Aufgabe: Wissenschaft. Und die spaltet sich auf in Forschung und Lehre. Und das muss an Universitäten stattfinden. Das hat einerseits etwas damit zu tun, dass man ja dann immer wieder neu, junge Leute anspricht und dass dafür die Universitäten, dann auch das entsprechende wissenschaftliche Personal, aber natürlich auch das Verwaltungspersonal oder das technische Personal vorhalten müssen.

Anna Berchtenbreiter

Zu genau diesem Thema - also diese globale Verantwortung, die Universitäten in unruhigen Zeiten haben - da war im Sommer Shalini Randeria bei uns, bei einem Akademiegespräch am See. Eine Veranstaltung, die übrigens in Kooperation mit dem Wissenschaftsrat stattfand. Professor Randeria war ja bis Juli 2025 die Präsidentin und Rektorin der Central European University, der CEU, die eigentlich in Budapest, aber aktuell in Wien angesiedelt ist. Wie und warum es zu diesem Schritt kam und was das mit der Wissenschaftsfreiheit zu tun hat, das hören wir in einem Ausschnitt aus dem Akademiegespräch.

Shalini Randeria

Angesichts des in den USA gerade begonnenen Krieges der Trump Regierung gegen Universitäten ist es vielleicht einleitend hilfreich, das Thema Wissenschaftsfreiheit als notwendige Bedingung von Verantwortung - warnend ein Beispiel: Meine eigene Hochschule - zu veranschaulichen. Das von der ungarischen Regierung Orbans im Jahr 2017 verabschiedete Gesetz, die sogenannte Lex CEU, und dessen administrative Umsetzung schufen zielgerichtet eine rechtliche Unsicherheit für das Handeln der Universität. Und genau dieses Ziel streben allesamt autoritäre Regierungen üblicherweise in einem ersten Schritt an: Rechtsunsicherheit zu schaffen. Das Gesetz untersagte die Vergabe aller US-amerikanisch akkreditierten Abschlüsse des CEU in Budapest. Zwar konnte meine Universität die uns gesetzlich vorgegebenen Bedingungen alle einhalten., doch weder akzeptierte die Orban

Regierung den darauffolgenden Bericht ihrer eigenen Beamtinnen, noch lehnte sie diesen formell ab. So wurde bewusst eine Situation herbeigeführt, in der arbiträres Handeln zu jeder Zeit möglich gewesen wäre. Obwohl der CEU zwar nicht die Lizenz - und bis heute nicht - die Lizenz zum operativen Betrieb formal entzogen wurde, bedrohte der rechtlich diffuse Zustand derart die akademische Freiheit, wie auch unsere institutionelle Autonomie, dass ein planbarer, funktionierender Betrieb nicht mehr möglich wurde. Die Universität war daher gezwungen, ihre Standorte in Budapest zu verlassen. Sie war damit die erste Universität innerhalb der EU, die einer autoritären, rechtspopulistischen Regierung weichen musste. Eine Regierung, die sich selbst eine illiberale Demokratie nennt. Darauf folgten auf politischer Ebene lediglich ein paar Sonntagsreden der Unterstützung aus Brüssel, jedoch keinerlei finanzielle Sanktionen gegen Ungarn. Unsere Klage gegen Lex CEU wurde von dem höchsten ungarischen Gerichtshof abgewiesen, der bereits von der Regierungspartei vereinnahmt worden war. Erst vier Jahre später wurde das Gesetz vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig und für unvereinbar mit europäischen Normen erklärt. Die Orban Regierung reagierte sofort mit einer Verschärfung des bisherigen Gesetzes und erneuert gab es keinen ernsthaften Druck aus der EU. Wer allerdings das Urteil des Europäischen Gerichtshofs als einen Sieg der akademischen Freiheit feiert, übersieht, dass der Gerichtshof sich in seiner Urteilsfindung auf Regeln der Welthandelsorganisation, so handelsbezogene Dienstleistungen - „Trade Related Protection of Services“ - stützte. Konkret auf die Verletzung der unternehmerischen Freiheit der Universität ihre Dienste ungehindert anzubieten. Mit anderen Worten: Das Gericht griff auf die neoliberale ökonomische Begründung zum Schutz der Universitätsautonomie und akademischer Freiheit zurück. Denn dieser Schutz ist weder in europäischen noch im internationalen Recht ausreichend verankert. Zudem zeigt sich anhand unserer Erfahrungen, dass eine juristische Abwehr von Eingriffen in die akademische und administrative Freiheit von Hochschulen aufgrund der Dauer von Verfahren und auch ihres ungewissen Ausgangs kaum geeignet ist, den planvollen, systematischen Schritten autoritärer Regierungen gegen autonome Institutionen die Stirn zu bieten.



UNIVERSITÄTEN UND DER SANFTE AUTORITARISMUS

Anna Berchtenbreiter

Jetzt muss ich nach diesem Ausschnitt vielleicht noch erwähnen, dass die CEU ja nicht nur der Regierung Orbán ein Dorn im Auge ist, sondern im Oktober 2023 hat Russland die Universität als sogenannte „unerwünschte Organisation“ bezeichnet. Beide stört, glaube ich, wohl auch, dass die Universität von US-Milliardär George Soros finanziert wird. Frau Randeria, sie ist ja Sozialanthropologin und hat den Begriff des „sanften Autoritarismus“ geprägt. Auf dieses Konzept ist sie auch sehr kurz in ihrem Vortrag eingegangen, vor allem in der Verbindung mit den Herausforderungen an die Grundlagen von Wissenschaft und Bildung. Als Beispiel hat sie rechtspopulistische Strömungen und eben den Aufstieg dieser sanften, autoritären Regierungen, die auf die Erosion von Wissenschaftsfreiheiten und auch Universitäten und den autonomen Institutionen zählen erwähnt. Frau Münch, können Sie kurz erklären: Was ist denn eigentlich mit sanftem Autoritarismus gemeint?

Ursula Münch

Das ist inzwischen ein Begriff, den ich ganz oft benutze. Englischsprachig habe ich mir am Anfang immer die Zunge abgebrochen: „Soft Authoritarianism“. Inzwischen kann ich den. Und zwar deshalb, weil ich den relativ häufig, diesen Ausdruck, verwende, auch in Vorträgen, um dann zu erklären, was da eigentlich passiert ist. Und ich verdanke tatsächlich Frau Randeria diesen Hinweis. Ich habe mal einen Podcast mit ihr gehört und bin daraufhin erst auf dieses Forschungsprojekt an der Universität Bremen zu „Soft Authoritarianism“ aufmerksam geworden. Es gibt amerikanische Politikwissenschaftler, die umschreiben was ähnliches, ein ähnliches Phänomen. Sprechen dann zum Beispiel von „Competitive Authoritarianism“ - meinen ungefähr das gleiche. Und was ist damit gemeint? Damit ist im Grunde gemeint: So ein schleicher Übergang von einem demokratischen Verfassungsstaat, so wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland ist oder im Prinzip auch die Vereinigten Staaten von Amerika - also zumindest vor nicht allzu langer Zeit noch waren - und hin - wie das

geschehen kann, dass das dann so Züge von sanftem Autoritarismus entwickelt. Und die zeichnen sich eben dadurch aus, dieser sanfte Autoritarismus, dass zum Beispiel politische Gegner eingeschüchtert werden, dass Universitäten eingeschüchtert werden. Die gibt es nach wie vor. Die arbeiten nach wie vor, aber sie bekommen unmissverständlich zu verstehen, dass sie sich entsprechend den Intentionen des Machthabers verhalten müssen. Ganz wichtig ist vielleicht: Es gibt immer einen Anlass. Es gibt einen Anlass, dass sich eine Universität womöglich auf die Seiten von jemandem politisch stellt, dass sie Proteste zulässt oder sie zumindest nicht unterbinden kann. Das war das Thema in USA. Das wird dann genommen. Da wird dann im Grunde der Vorwurf daraus konstruiert, dass seien - in dem Fall war es zum Beispiel der Vorwurf antisemitischer Proteste gewesen und die werden dann aber instrumentalisiert. Der Vorwurf gerät dann völlig außer der Betrachtung, sondern dann geht es darum, Druck auszuüben. Etwas, was „Soft Authoritarianism“ auch auszeichnet, ist, dass die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt wird, dass auch Medien eingeschüchtert werden. Auch hier sehen wir wieder: Es gibt immer etwas, wo man tatsächlich sagen kann: Hoppla, da gibt es ein Fehlverhalten, da gibt es etwas, was tatsächlich nicht Aufgabe der Medien ist, was einseitig ist und so weiter und so fort. Dann wird das aber ebenfalls völlig aufgebauscht und wiederum auch zum Anlass genommen, um dann tatsächlich einzuschüchtern. Insofern zeichnet „Soft Authoritarianism“ - sanften Autoritarismus - aus, dass die Verfassung nach wie vor existiert. Die politischen Prozesse funktionieren nach wie vor in den Formen des demokratischen Verfassungsstaates und gleichzeitig hat sich was ganz fundamental verändert, nämlich die Grundlagen des politischen Wettbewerbs. Also es gibt nicht mehr allzu viele tatsächlich unabhängige Medien, die sind eingeschüchtert worden. Die Justiz wird versucht auf die Seite des Machthabers zu ziehen. Und damit wird unter Umständen der politische Wettbewerb tatsächlich beeinträchtigt. Das bedeutet, wir haben immer noch diese Hülle des Verfassungsstaates, aber er verliert an Inhalten. Auch, und nicht nur, an Werte gebundenen Inhalten, sondern tatsächlich auch Abläufe. Die Unversehrtheit von politischen Institutionen, von politischer Opposition wird beschädigt.



WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Anna Berchtenbreiter

Sie haben es jetzt gerade auch schon angesprochen und auch Frau Randeria hat es schon erklärt: Es gibt eine große Gefahr der Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch diese autoritären Regime oder diese soft autoritären Regime oder solche, die auf dem Weg dahin sind. Wie schätzen Sie diese Gefahr denn aktuell ein? Bzw. warum ist denn die Wissenschaftsfreiheit eigentlich überhaupt so wichtig für eine Demokratie?

Ursula Münch

Die Wissenschaftsfreiheit ist aus dem Grund wichtig, weil wir eben keine politischen Vorgaben für Wissenschaft haben wollen. Also wir wollen wissenschaftliche Erkenntnis, die tatsächlich nach ihren eigenen Kriterien arbeitet. Das ist etwas, was man sich immer wieder vergegenwärtigen muss. Wir haben in einem, in einer Gesellschaft, in einem politischen System haben wir unterschiedliche Teilbereiche. Wir haben den Bereich der Politik, wir haben den Bereich der Medien, wir haben die Öffentlichkeit und wir haben die Wissenschaft als Teilbereich. Und die haben unterschiedliche Funktionsformen, wie sie arbeiten, wie sie funktionieren. Die Soziologen würden sagen, nach welchen Logiken sie funktionieren. Und Wissenschaft - und die Funktion des Wissenschaftssystems ist die Gewinnung von Erkenntnissen nach ihren eigenen Kriterien: wissenschaftsbasiert. Das bedeutet zum Beispiel die Nachprüfbarkeit durch andere, also Transparenz von Wissenschaft, das sich mit etwas beschäftigen können, ohne dass etwas priorisiert wird, ohne dass man sagt: Na ja, das wollen wir erfahren und das andere, das wollen wir lieber unter den Teppich kehren, weil es vielleicht politisch unerwünscht ist. Und das ist die Funktionsweise von Wissenschaft, oder das ist das zentrale Ziel von Wissenschaft aus ihrer eigenen Logik heraus. Und dann mischen sich da immer im Grunde, dann gibt es Interventionsversuche der Politik - das kann auch in einem demokratischen Verfassungssystem passieren. Wir erinnern uns an Corona. Da hat durchaus auch unsere Politik, unser Staat womöglich versucht, auch Wissenschaft ja für die

eigenen Zwecke heranzuziehen. Nicht um Ergebnisse zu fälschen - das meine ich um Gottes willen nicht - aber um die eigene schwierige Entscheidungsfindung der Politik, um die zu legitimieren. Und das war im Grunde - das war eine problematische Situation. Also wenn Wissenschaft dafür eingesetzt wird, um im Grunde schwierig durchzusetzende politische Entscheidungen zu legitimieren, dann gerät Wissenschaft womöglich unter Beschuss. Aber nochmal auf die Frage: Wozu dient Wissenschaft? Das ist im Grunde zumindest der Anspruch: Sie soll gewinnen Erkenntnisse nach ihren eigenen, quasi eigensinnigen Kriterien und nicht nach den Funktionsweisen der Politik. Nicht nach den Funktionsweisen von irgendwelchen Demonstranten, egal welcher Orientierung, nicht nach den Funktionsbedingungen der Medien. Sie hat ihre eigenen Funktionsbedingungen. Natürlich arbeitet Wissenschaft zusammen. Sie soll ja auch nicht im Elfenbeinturm sitzen, aber sie darf sich und will sich nicht instrumentalisieren lassen. Und diese Gefahr der Instrumentalisierung besteht grundsätzlich durchaus immer. Aber sie besteht natürlich extrem in diesen sanft autoritären oder gar in autoritären Systemen, wo, wenn jemand die unerwünschten Ergebnisse womöglich zustande bringt, emporbringt, jemand womöglich, ja seiner wissenschaftlichen Betätigung beraubt wird und die Grundlagen nicht mehr hat, womöglich also tatsächlich auch bestraft wird dafür, was er da mit wissenschaftlichen Kriterien unter Umständen erforscht hat. Das darf eben nicht passieren.

Anna Berchtenbreiter

Ich meine, da ist ja auch die große Gefahr, dass zum Beispiel wissenschaftliche Aussagen, wissenschaftliche Forschung nicht in das Weltbild passen, das diese Regierung sozusagen nach vorne bringen will, propagieren will und dann natürlich auch einschreitet und mit Sanktionen kommt. Das, was Sie jetzt auch so ein bisschen beschrieben haben, erinnert mich jetzt natürlich auch an die Angriffe des US-Präsidenten Donald Trumps auf die Eliteuniversitäten im Land. Ein Beispiel, ganz prominent, natürlich auch Harvard. Er hat zum Beispiel mit massiven Kürzungen bzw. Einfrieren von Bundesmitteln gedroht und es auch durchgezogen. Einreisebeschränkungen von internationalen Studierenden, das Anbieten von Geld für



Regierungstreue. Und es gab sehr unterschiedliche Reaktionen der Hochschulleitungen von sofortigem - ich sage jetzt mal - klein beigeben bis hin zu absoluten Kampfansagen. Wie schätzen Sie diese Maßnahmen ein?

Ursula Münch

Da ist ja das Interessante an diesen Maßnahmen. Das haben Sie jetzt gerade sehr schön beschrieben, sehr anschaulich. Ich habe vorhin gesagt, der Anlass ist tatsächlich etwas, wo man sagen kann, na ja, also da hätte die Hochschulleitung schneller intervenieren müssen. Zum Beispiel bei antisemitischen Vorfällen. Aber dann wendet sich die Maßregelung durch die amerikanische Regierung, durch den Präsidenten oder eine andere Regierung - das haben wir ja auch in anderen Staaten - die wendet sich dann insgesamt gegen die Universität. Da geht es dann nicht um einen - auch das wäre womöglich problematisch. Aber die wendet sich dann insgesamt gegen diese Universität. Dann werden zum Beispiel Forschungsmittel für Krebsforschung, die werden dann einfach nicht mehr ausbezahlt. Forschungsmittel für Astrophysik. Also, das hat nichts mit den mit den kritisierten Demonstrationen zu tun, aber es wird dann grundsätzlich quasi ausgerollt - in Anführungszeichen - über die Universität. Und zwar wird es ganz gezielt gemacht, weil man dann nämlich weiß: Jetzt gerät der Präsident oder die Präsidentin unter Druck. Einerseits die gesamte Öffentlichkeit, die sagt: Das könnt ihr doch nicht riskieren. Die Universität wird selber - man hetzt die Leute gegeneinander auf, man hetzt die Naturwissenschaftler gegen die Geistes-, gegen die Sozialwissenschaftler, gegen die Kulturwissenschaftler auf und sagt: Was für eine überflüssige Wissenschaft, das brauchen wir doch alles nicht. Also da setzt man ganz gezielt darauf, als Donald Trump und Konsorten. Man setzt darauf, dass die im Grunde sich quasi selbst dann an die - in Anführungszeichen - an die Kandare nehmen, an die kurze Leine nehmen und dann muss der Staat gar nichts mehr machen. Er muss nur - in Anführungszeichen - nur drohen und die Mechanismen der der wirklich ausufernden Kontrolle der Wissenschaftsfreiheit beschränkenden Kontrolle, das übernehmen dann die Wissenschaftler selbst, weil jeder natürlich seine eigenen Töpfe, seine ei-

genen Mitarbeiter - jeder Professor, jede Professorin hat ja immer Verantwortung, womöglich für ganz, ganz viele Wissenschaftler, für ganz viele technische Angestellte und so weiter und so fort. Und es funktioniert dann auf einmal ganz von alleine.

Anna Berchtenbreiter

Und plötzlich sind wir bei der Selbstzensur und es wird Druck aufgebaut, dass genau das auch durchgesetzt wird. Gab ganz, ganz viele Beispiele. Professor Randeria sieht da eine Verbindung zwischen dem Verhalten von Viktor Orban und Donald Trump. Sie sagt nämlich: Donald Trump muss sich das eigentlich bei Viktor Orban vielleicht ein bisschen abgeschaut haben. Und da hören wir jetzt mal schnell rein.

Shalini Randeria

Orban hat Trump genau gezeigt "how to do it and how to justify it". Einerseits mit gezielten Übergriffen auf Hochschulen, die er als Schutz der nationalen Kultur vor der liberalen „Wokeness“ der akademischen Eliten gerechtfertigt hat. Andererseits mit dem Instrument der gezielten „Lawfare“. Es geht hierbei um viel mehr als eine bloße Attacke gegen grundlegende Prinzipien akademischer Freiheit. Vielmehr zielt diese Politik der schrittweisen Aushöhlung von liberalen Demokratien darauf alle jene Institutionen, die einer ungehinderten Machtkonsolidierung im Wege stehen könnten, systematisch auszuschalten. Sei dies eine unabhängige Justiz, freie Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen oder autonome Universitäten. Wie meine Ausführungen nahelegen, können Hochschulen dann ihre globale Verantwortung, die auch jedes wissenschaftliche und jedes demokratisch partizipative Potenzial nicht mehr voll entfalten, wenn sie durch so ein Chaos und Furcht als Ziele des staatlichen Handelns in absichtsvolle Unsicherheit und finanziellen Ruin getrieben werden.

Anna Berchtenbreiter

Düsteres Bild. Wenn Sie das jetzt hören, was würden Sie Hochschulpräsidentinnen und Präsidenten denn - oder der akademischen Welt im Allgemeinen - raten in so einer Situation? Ist jetzt natürlich eine große Frage.



Ursula Münch

Also ich bin sehr froh, dass ich nicht in solche Situationen bis jetzt gekommen bin und auch keine Universitätspräsidentin bin. Da beneide ich wirklich niemanden drum. Frau Randeria hat es ja, bevor ich das beantwortete, in einen größeren Zusammenhang auch gestellt und das würde ich auch gerne noch mal machen. Worauf basiert auch diese Einschüchterung dann auch der Universitätsleitung? Wir haben - wir erleben gerade - wir hatten das im Akademiegespräch im Bayerischen Landtag, als eine Psychologin von der Universität Frankfurt auch über [Vertrauen und Misstrauen](#) gesprochen hat. Und ich habe mir das extra notiert. Sie hat darüber gesprochen, über das Problem des entgrenzten Misstrauens. Die Welt wird - in Führungszeichen - als zuverlässig betrügerisch wahrgenommen. Und das ist im Grunde - das sind die Rahmenbedingungen, dieses entgrenzte Misstrauen, diese Wahrnehmung eines Teils der Bevölkerung, die sich dann ganz leicht zugunsten von solchen Sanktionen gegen Universitäten - die lassen sich da dann ganz leicht vereinnahmen die Leute, das auf einmal sich auch die öffentliche Meinung gegen eine Universitätsleitung richtet, weil eben die Welt, wie gesagt Zitat „zuverlässig betrügerisch“ wahrgenommen wird. Was natürlich Menschen extrem misstrauisch macht. Und von Seiten der Hochschulleitung ist tatsächlich die Notwendigkeit, dass man Sachen auch nicht allzu lange laufen lässt, meines Erachtens. Also wenn man also wirklich problematische Proteste an einer Hochschule in einer Universität - also jetzt von palästinenserfreundlichen Gruppen zum Beispiel, wo man sagt: also jetzt wird es tatsächlich, jetzt ist es eindeutig antisemitisch. Das ist nicht mehr nur - Führungszeichen - Kritik an einer Regierung von Israel, sondern jetzt wird es antisemitisch. Dann darf man das erstens nicht laufen lassen, meines Erachtens, dann muss man als Universitätsleitung eventuell auch wiederum diese Kritik auf sich nehmen. Und natürlich, wie immer in solchen Situationen ist ganz wichtig - und dafür gibt es diesen Ausdruck der Krisenkommunikation - dass man versucht, auch den Rückhalt innerhalb der Universität herzustellen. Das man versucht, sich so wenig wie möglich auseinanderdividieren zu lassen. Wenn es erst mal gelingt, einen Keil hineinzutreiben in eine Organisation - das erlebt eine Bundesregierung

durch eine radikale Opposition - das erleben aber auch ganz viele gemäßigte Institutionen, Organisationen... Wenn es gelingt, den Keil hineinzutreiben, dann ist es ganz leicht, die unterschiedlichen Fragmente dieser früheren Organisation gegeneinander auszuspielen. Also insofern: Klar, es wird immer Menschen geben, die dann sagen: na ja, die Uni-Leitung, die überreagiert - und so weiter und so fort. Aber insofern ist ganz wichtig, sich Rückhalt innerhalb der eigenen Organisation zu verschaffen und wahrscheinlich - das machen in sicherlich inzwischen viele Organisationen - ist es ganz wichtig, das auch mal durchzuspielen. Was kann uns eigentlich passieren? Wir alle leben glaube ich, nach wie vor - trotz der großen Krisen oder der vielen Krisen - wir leben immer noch so nach dem Motto: Na ja, meine Organisation trifft's nicht, es trifft nur die anderen. Und man stellt ganz schnell womöglich fest: Nein, das kann einem auch selber widerfahren. Also insofern ist wichtig, Rücksprache mit anderen so zu halten. Das haben wir damals bei dieser Tagung mit dem Wissenschaftsrat auch gemeinsam gemacht. Das war ein ganz wichtiger Ort des Austausches, was durch diese Politisierung und Instrumentalisierung von Universitäten, was einem widerfahren kann. Und aus dem Grund ist es wichtig, das nicht unter den Teppich kehren zu wollen, sondern lieber Rücksprache zu suchen mit anderen Universitäten. Aber eben auch innerhalb der Universität zu sagen: Bei allen Differenzen, bei allen Unterschieden, die es in jeder Organisation gibt - und an Universitäten gibt es viele - das wollen wir uns nicht passieren lassen, weil im Grunde jeder an seine eigene Interessen gedacht hat, dass man mit uns ein leichtes Spiel hatte.

DIE NEUTRALE HOCHSCHULE?

Anna Berchtenbreiter

Jetzt haben Sie es ja schon gesagt: Es gibt Proteste an Universitäten, das ist eine Herausforderung. Die Universitäten werden aufgefordert, Stellung zu beziehen zu den verschiedensten Konflikten in der Welt. Die Universitäten haben dann auch Studierende aus den Kriegsgebieten bei sich an der Universität, um die sie sich auch ein bisschen kümmern muss und möchte. Das sind jetzt sehr, sehr viele Herausforderungen. Wir hören jetzt mal



ganz kurz rein, wie die ehemalige Präsidentin der CEU das selbst angegangen ist. Die hatte nämlich eine ganz eigene Art, damit umzugehen.

Shalini Randeria

Für viele Studierende an meiner Universität, die aus Afghanistan kommen, Myanmar, Irak oder Syrien geflüchtet sind, stellt Krieg und die damit verbundenen Unsicherheiten seit Jahren eine alltägliche Realität dar. Unter diesen Bedingungen, unter diesen Kriegsbedingungen, bleibt akademische Freiheit ein Luxus. Die Kriege führten uns in der Universitätsleitung in der CEU zu allgemeineren Fragen nach der globalen Verantwortung von Hochschulen. Sollten wir Stellungnahmen zu allen diesen globalen Konflikten abgeben, wie es zunehmend von unseren Studenten, Studentinnen gefordert wird. Meine Universität zählt Studierenden aus 100 Ländern und der Lehrkörper setzt sich aus mehr als 50 Nationalitäten zusammen. Viele von ihnen empfanden es als Versäumnis, dass die Universitätsleitung keine öffentliche Erklärung zu Ereignissen abgibt, von denen sie direkt betroffen sind. Etwas zu den Grenzkonflikten zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie zwischen Indien und Pakistan, zu der Bombardierung von Rohingya Dörfern in Myanmar oder kurdischen Gebieten in der Türkei oder der Gewalt des iranischen Regimes gegen protestierende Frauen. Ich habe darauf verzichtet - nach langer Überlegung - politische Statements abzugeben, was mir Kritik aber von allen Seiten innerhalb der Universität einbrachte. Würde ich aber zu allen Weltereignissen Stellungnahmen abgeben wäre ich mit kaum was anderem beschäftigt, habe ich erklärt. Aber es war ein Argument, das niemanden überzeugte. Zudem habe ich gesagt: Es ist unklar, in wessen Namen, von mir und von der Universitätsleitung, solche Erklärungen und zu welchen Konflikten abgegeben werden sollten. Das durch soziale Medien aufgezwungene rasante Tempo verhindert zudem eine differenzierte Argumentation. Tweets sind dafür kein geeignetes Medium. Ich habe daher, anstatt das Prinzip der institutionellen Neutralität als Begründung ein anderes Prinzip eingeführt. Als Begründung für die fehlende öffentliche Stellungnahme greift nach meinem Erachten das Prinzip der institutionellen Neutralität zu kurz.

Es führt zu Widersprüchen, da meine Hochschule sich explizit zu Werten wie Diversität, Gleichheit, Inklusion, Pluralität, Meinungsfreiheit bekennt. Also sie ist nicht neutral in diesen Fällen. Zu Beginn des Gaza Krieges, habe ich daher das Prinzip umformuliert als „Principled Restraint“- verantwortungsvolle Zurückhaltung - die kein politisches Ereignis kommentiert, solange sie nicht die Wissenschaft oder die Universität als Institution direkt betreffen. Meine Begründung war, dass die Universität als Institution keine Stellungnahme zu nicht-wissenschaftlichen Themen abgeben soll, denn die Hochschule lehrt, wie man denken sollte, nicht was man denken soll. Oder wie der Kelvin Report der Chicago Universität 1967 es formuliert: „The University is home and sponsor of critics. It is not itself the critic.“ Und nur durch diese prinzipielle Zurückhaltung als Universitätsleitung war es möglich, individuelle Meinungsfreiheit innerhalb der Hochschule zu gewährleisten und einen Freiraum für Meinungsvielfalt für kontroverse Debatten zu gewähren. Als einzige Rektorin eine österreichische Hochschule habe ich keine einzige eingeladene Vortragende gecancelt. Mein Fokus lag institutionell auf der materiellen und psychologischen Unterstützung aller von Krieg Betroffenen, unserer Studierenden - russische wie ukrainische, jüdische, wie palästinensische. Was auch zu sehr vielen Kontroversen führte.

Anna Berchtenbreiter

Frau Münch, Sie haben es schon ein bisschen angesprochen: Hochschulproteste, die Forderung nach Positionierung von Universitäten, das war ja auch in Deutschland ein großes Thema, nicht nur in den USA. Was würden Sie sagen? Muss die Hochschule neutral sein? Kann sie das überhaupt?

Ursula Münch

Also diese Neutralitätsfrage haben wir ja bei ganz vielen Institutionen. Das bezieht sich einerseits auf die Schulen, wo wir Neutralitätsgebot haben, also keine Überwältigung stattfinden soll. Was aber eben nicht heißt, dass eine Schule oder eine Hochschule oder eine Universität gegenüber quasi allem neutral ist. Genau das ist nicht damit gemeint. Also wir ar-



beiten erfreulicherweise - was für ein Geschenk - auf den Grundlagen unseres Grundgesetzes oder einer bayerischen Verfassung oder einer sonstigen Landesverfassung. Ein ganz, ganz großes Geschenk. Da ist den Universitäten die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert. Aber gleichzeitig ergeben sich daraus dann natürlich dann auch die Rahmenbedingungen. Wir sind diesen Grundwerten und dieser freiheitlichen Demokratie dann ja auch verpflichtet. Also insofern muss man nicht gegenüber allem neutral sein, gegenüber Rassismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit darf ich nicht neutral sein. Aber natürlich - mir ist auch klar - das liegt auch immer im Auge des Betrachters. Der eine sieht das als rassistisch an, der andere sagt: Naja, jetzt stellt euch nicht so an! Grundsätzlich bin ich der Auffassung und es wird ja auch ... wurde ja auch in diesem Vortrag und in diesem Gespräch mit Frau Randeria so deutlich und es hat mich auch wirklich imponiert, weil sie das eben - ihre verschiedenen Perspektiven, ihre amerikanische, ihre - sie ist indischstämmige, diese Perspektive - ihre Erfahrungen mit ihrer eigenen bisherigen Universität, mit Ungarn, weil sie all das eingebracht hat. Und ganz wichtig ist diese Feststellung: Universitäten sind Orte, sind Räume der Freiheit. Sie sind keine Räume, in denen man künstlich die Studenten vor der Welt schützen darf. Das ist komplett - also meines Erachtens - kompletter Unfug. Also nach dem Motto: Jetzt haben wir hier einen geschützten Raum und jetzt müssen wir nicht Angst haben, dass wir mit einer gegenläufigen Meinung konfrontiert werden. Wo, wenn nicht an Universitäten, müssen wir, egal in welchem Fach - ich meine, das trifft doch die Biologie genauso, die mit merkwürdigsten Ideen zum Kreationismus dann konfrontiert wird, der keine Wissenschaft ist. Da kann man dann wirklich sagen: das ist Unfug, hat an der Universität nichts zu suchen. Das könnt ihr von mir aus in irgendwelchen sonstigen spirituellen Orten machen, aber bitte nicht an einer Universität. Aber ansonsten gehört natürlich dazu, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ohnehin, aber durchaus auch Meinungen, natürlich eine breite Vielfalt an eine Universität gehört und diskutiert werden muss und wir hier keine künstlichen Zonen - darüber diskutieren wir nicht, weil wir uns doch schon so einig sind. Aber das ist natürlich leichter ge-

sagt. Es ist immer auch ein bisschen eine Gratwanderung. Es gibt tatsächlich Meinungen, wo ich sagen würde: Nein, die sind tatsächlich - also wie gesagt: Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und so weiter und so fort - die möchte ich auch nicht haben. Aber dass man selbstverständlich darüber an der Universität diskutieren muss: Wie geht man mit dem Thema Migration um? Was ist, welche Begleiterscheinungen von Migration gibt es? Welche Rechte und welche Instrumente hat ein Staat, um Migration selbstverständlich zu kontrollieren? Das ... also das ist natürlich ein Kernbestand zum Beispiel einer Politikwissenschaft, einer Sozialwissenschaft, und da darf jetzt jemand nicht sofort mit dem Totschlagargument kommen, das sei menschenfeindlich oder mit dem Totschlagargument kommen, das sei quasi kolonialistisches Denken. Damit können Sie tatsächlich jeden Diskurs totmachen. Das darf meines Erachtens nicht passieren.

Anna Berchtenbreiter

Also im Grunde definitiv den Raum für Diskussionen öffnen und offen haben. So entsteht ja auch Fortschritt. Und das ist ja auch Teil der Wissenschaft, dass man miteinander diskutiert. Man stellt ja Hypothesen auf und dann muss man ja auch drüber reden und da müssen auch gegensätzliche Meinungen zugelassen werden. Aber eben mit der Einschränkung: Manche Sachen sind einfach keine Meinung, sondern dann wirklich Diskriminierung und die müssen und dürfen da eigentlich nicht drin auftauchen.

Ursula Münch

Oder zumindest, wenn ich sie zulasse, dann muss ich es klar zumindest so benennen können. Also dann muss ich vielleicht auch manches mir mal anhören, weil ich ja auch daran mich womöglich schulen muss. Aber ich muss das dann schon auch einordnen und sagen: Also was wir jetzt hier gehört haben, ist definitiv nicht mit unserem Verständnis von Menschenwürde vereinbar.



DER DEMOKRATISCHE AUFTRAG VON UNIVERSITÄTEN

Anna Berchtenbreiter

Das geht jetzt schon in die Richtung, in die ich hinwollte, denn auch Shalini Randeria sieht in der Universität einen demokratischen Auftrag. Proteste und auch freie Proteste sind ja auch ein Teil der Demokratie, sind ein wichtiger Teil der Demokratie. Auch da wird natürlich immer darauf geachtet, was ist verfassungsfeindlich, was ist nicht verfassungsfeindlich? Wir hören jetzt mal kurz noch mal rein in ihren Vortrag, was sie denn genau meint mit diesem demokratischen Auftrag, den Universitäten ihrer Meinung nach haben.

Shalini Randeria

Wissenschaft muss erklärbar, aber nicht vereinfachend sein. Und wir müssen - es geht darum, Komplexität auszuhalten, Unsicherheiten zu kommunizieren, Vertrauen durch Transparenz zu schaffen. Wertebildung haben wir auch heute in den beiden Panels diskutiert. Studierenden müssen lernen, wie man selbst zu einem begründeten Urteil kommt. Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die selbstständig urteilen und entscheiden können, Verantwortung übernehmen, Kompromisse aushandeln können. Die Hochschule ist ein idealer Ort, um diese Kompetenzen einzuüben und zu vertiefen. Indem wir diese ermöglichen, erfüllen wir einen demokratischen Auftrag der Gesellschaft, die auf Orte angewiesen ist, in denen freie Meinungsäußerung und Freiheit der Forschung als Grundlage liberaler Demokratie und der sie tragenden Institutionen praktiziert werden können. Studierende müssten mit widersprüchlichen und gegensätzlichen Ideen konfrontiert werden, schlichtweg weil unsere global vernetzte Welt voller Konflikte, Widersprüche und Unsicherheiten sei. Der Auseinandersetzung mit realweltlichen, schwer lösbaren Problemen fördert ein kritisches Bewusstsein für die Grenzen des Wissens ebenso wie für die Wertgebundenheit vieler menschlicher und auch wissenschaftlicher Urteile. Ende des Zitats. Eine pädagogische Aufgabe der Hochschule ist daher, nicht nur, Toleranz für Pluralismus zu lehren, sondern auch Zweifel auszuhalten lehren. Ambivalenz mit Widersprüchen, Ambivalenzen, ins besonders in unsicheren

Zeiten sowohl intellektuell wie auch emotional auszuhalten und umzugehen. Exzellente Forschungen, mehr Wissen werden diese Unsicherheit nicht beseitigen oder Widersprüche auflösen. Und dennoch müssen wir handeln, und zwar verantwortungsbewusst im Bewusstsein der Grenzen unseres Wissens. Seine Situierung und seine Einbettung in spezifischen Kontexten. Allerdings sind genau jene Disziplinen, die sich mit Fragen der Perspektivität, der Positionalität, der Kontextualität und Kontingenz von Erkenntnissen befassen gegenwärtig in Universitäten einerseits durch angewandten neoliberalen Marktlogik, andererseits durch Druck von autoritären Regimen bedroht. Die Vorstellung von Universitäten als Dienstleister für Studierende, die sich selbst als Konsumenten begreifen, steht im Einklang mit einer neoliberalen Logik der ökonomisch globalen Expansion von US-amerikanischen globalisierenden Universitäten, die mit einer Etablierung, die mit der Etablierung von sehr vielen Campus Ablegern im Nahen Osten Kompromisse mit autoritären Regierungen bereit sind einzugehen. Diesem Modell möchte ich heute Abend ein Modell einer Universität in der Welt gegenüberstellen, ein Modell der Universität als öffentliches Gut. Ein Modell, in der Studierende aus aller Welt eine bezahlbare Ausbildung bekommen können, internationale Forschungsk Kooperationen auf der Grundlage gemeinsamer Werte vertieft und befähigt werden und Universitäten ihre globale Verantwortung für ihre jeweiligen Standort wahrzunehmen. Eine wahre Universität in der Welt. Und abschließend möchte ich daher betonen, dass unsere Seminare, unsere Hörsäle, unsere Gebäude Orte sind argumentativer Auseinandersetzung und respektvoller Meinungsverschiedenheit. Sie sind keine sicheren Räume, die Identitäten und Meinungen bekräftigen, sondern Räume, die diese in Frage stellen. Es ist daher unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Hochschulen Orte bleiben, an denen die Kraft des Arguments über das Argument der Gewalt siegt. Eine Gewalt, die von autoritären Regimen zunehmend auf Wissenschaftsfreiheit und Universitätsautonomie ausgeübt wird.



Anna Berchtenbreiter

Was würden Sie jetzt sagen? Können Hochschulen das leisten? Kann die Universität sozusagen diese Neutralität, von der wir jetzt gerade schon gesagt haben, die so eine halbe Neutralität ist, nicht neutral im Sinne alles zu lassen, sondern neutral im Grunde des Grundgesetzes in unserem Fall. Kann sie diese Neutralität haben und gleichzeitig der Raum für Austausch sein?

Ursula Münch

Meines Erachtens: Ja, das kann sie. Das ist immer wieder aufs Neue mühsam, weil natürlich gibt es Auffassungen, die man auch womöglich wissenschaftliche Argumente dann versuchen kann zu unterfüttern, die jemandem nicht passen, die mir nicht passen, die jemand anderem nicht passen. Also da muss ich schon auch einiges ertragen. Ich muss auch Proteste ertragen, die mir nicht gefallen. Immer in den Grenzen der Verfassung, die aber Gott sei Dank bei uns sehr, sehr weite Grenzen sind. Natürlich und vor allem müssen natürlich - Universitäten sind ja - ich habe es eingangs gesagt - Orte der Wissenschaft, Orte von Lehre und Forschung. Aber diese Lehre und Forschung richtet sich dann einerseits aus am wissenschaftlichen Fortschritt, aber natürlich auch an der Befähigung von Menschen Teil dieser Gesellschaft dann zu sein - tragende Teile, künftige Wissenschaftler, künftige Lehrkräfte, künftige Arbeitnehmer, künftige Arbeitgeber, Menschen, die Verantwortung, die politische Verantwortung übernehmen. All die werden auch an Universitäten ausgebildet - natürlich gibt es viele Sozialisationsinstanzen - und das ist immer auch ... Bildung hat ja auch immer was mit Konfrontation zu tun, mit womöglich Überholten, das sich dann weiterentwickeln muss, mit Konträrem, dem ich eigentlich nicht zustimme, aber wo ich dann wieder meine eigenen Argumente auch prüfen kann, wo ich auch meine eigene Fähigkeit, mich mit etwas oder mit Menschen mit anderen auseinanderzusetzen, schulen kann, auch prüfen kann. Und das ist doch ein Kernbestand. Ja, auch so wie Sie gerade gesagt haben, immer wieder zu reflektieren: ist die eigene Einschätzung, sei es die wissenschaftliche Erkenntnis, sei es die eigene politische Urteilsbildung, ist die noch zeitgemäß, ist die noch angemessen?

Muss ich was revidieren? Hat der andere tatsächlich womöglich das bessere Argument? Wo, wenn nicht an Universitäten, muss das selbstverständlich auch stattfinden? Nicht immer in Lehrveranstaltungen selbstverständlich. Natürlich sind Universitäten ja auch Orte, in denen dann unterschiedliche Studentengruppen aufeinandertreffen. Und gleichzeitig ist mir dann aber auch wichtig zu sagen, das darf nicht nur in Form von Protesten stattfinden. Ich erwarte auch von den Leuten, dass sie das tun, was ja zu einer Universität und zu einer freiheitlichen Demokratie auch dazugehört, nämlich Verantwortung zu übernehmen, zum Beispiel in der akademischen Selbstverwaltung. Das ist auch bei Professoren nicht immer beliebt. Es kostet einen womöglich viel Zeit. Aber ich bin Teil einer Institution. Ich profitiere von der Organisation, von dem, was sie mir gibt, was sie der Gesellschaft gibt, und dazu gehört dann eben auch, sich dann auch in die Pflicht nehmen zu lassen. Also insofern erwarte ich dann von denjenigen, die sagen: Ja, Universitäten als Orte der Debatte, dass man dann nicht nur einen Hörsaal besetzt, sondern auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und sich auch einbinden zu lassen in die Prozesse und in die Grundlagen einer Universität.

Anna Berchtenbreiter

Also im Grunde: Raum für Austausch muss da sein und muss gegeben werden und das ist auch eine Aufgabe von Universitäten, das auf verschiedenen Ebenen möglich zu machen, zu fasilitieren. Jetzt haben wir doch viel drüber gesprochen. Viele verschiedene Facetten angesprochen. Jetzt würde ich Sie abschließend noch mal fragen: Warum sind Hochschulen so wichtig für die Demokratie?

Ursula Münch

Weil Hochschulen den Ort der ... ja auch der Erkenntnis dann eben liefern. Also wir sind in einer Demokratie nicht nur über Erkenntnisse über politische Zusammenhänge angewiesen, sondern wir wollen ja die Welt verstehen - die Welt in ihren technologischen, in ihren ökonomischen, in ihren geopolitischen Veränderungen. Die Welt aber nicht nur zu verstehen mit Blick auf Zukunftsgestaltung, sondern das setzt ja immer auch voraus, dass man die Vergangenheit, das, was war in der Geschichte, in



der Technik, in der Wissenschaftserkenntnis, dass all das verarbeitet wird, und zwar verarbeitet wird in einer Weise, dass man wieder darauf aufbauen kann. Also da nützt uns dann auch künstliche Intelligenz nichts, weil ich's ja auch in meinem eigenen Denken verarbeiten muss. Also insofern Demokratie und das Leben in einer offenen Gesellschaft ist auf all diese verschiedenen Erkenntnisse aller Fächer angewiesen. Und das kann nicht durch Autokraten vorbestimmt werden. Die wissen nicht, was war und was sein wird. Und dazu brauchen wir diesen offenen Austausch. Sonst verengen wir unseren gesamten Horizont. Und das ist der große Segen von offenen Gesellschaften im Vergleich zu Systemen, die versuchen, alles zu kontrollieren. In unserer offenen Gesellschaft haben wir immer auch wieder die Revision der Erkenntnis, das ist ja Wissenschaft. Etwas ist nur so lange wahr, bis das Gegenteil dann eben doch wieder bewiesen ist. Das ist Trial und Error, Versuch und auch wieder gegenläufiges und Irrtum. Und eine geschlossene Gesellschaft, wie es eben autoritäre, auch soft autoritäre Systeme darstellen, die schränkt das ein. Die ist meines Erachtens zumindest auf die Dauer betrachtet viel weniger konkurrenzfähig als unsere. Und deshalb müssen wir auch die eine oder andere vielleicht Langsamkeit, Unbequemlichkeit ... sollten wir dankbar annehmen, wenn wir wirklich Teil dieser offenen Gesellschaft sein dürfen.

Anna Berchtenbreiter

Was würden Sie sich jetzt für die Zukunft wünschen? Für die Universitäten?

Ursula Münch

Dass diese Mechanismen vielleicht auch denjenigen, die jetzt meinen, ihre Proteste vor oder in die Universitäten hineinbringen zu müssen und das aber auf eine ganz bestimmte Sichtweise zuschneiden wollen, dass die das auch verstehen. Also insofern: Wissenschaft und Universitäten werden ja nicht nur durch sanft autoritäre Regime beeinträchtigt, sondern auch durch diejenigen, die glauben, dass sie die Welt verstanden haben und dass sie alles mit irgendeinem Konzept erklären könnten. Was für ein Trugschluss!

Anna Berchtenbreiter

Was für ein schönes Schlusswort, würde ich mal an der Stelle sagen. Da kann ich nichts mehr hinzufügen. Frau Münch, vielen, vielen Dank, dass Sie heute da waren.

Ursula Münch

Wie immer ein Vergnügen mit Ihnen, Frau Berchtenbreiter. Danke schön.

Anna Berchtenbreiter

Akademie fürs Ohr ist eine Produktion der Akademie für politische Bildung. Mein Name ist Anna Berchtenbreiter, Pressereferentin der Akademie. Ein besonderer Dank geht an den Förderkreis der Akademie, ohne den dieses Projekt nicht möglich gewesen wäre. Postproduktion: Ikone Productions.

Anmerkung: Der Podcast wurde am 10. Dezember 2025 aufgezeichnet.